

Albrecht von Lucke

## Die Camouflage der bürgerlichen Rechten

*Auf dem Label links sitzt Die Linke und beansprucht lautstark und anmaßend das Copyright für sich. Die Rechte hingegen scheint im Bundestag überhaupt nicht vertreten zu sein. Denn rechts der Sozialdemokratie ist im Reich der sogenannten bürgerlichen Parteien angeblich alles Mitte. Demgegenüber geht es dem Autor darum, die Begriffe links und rechts zu rehabilitieren.*

Sieht man von den Parteien der nationalsozialistisch kontaminierten Gesinnungsrechten ab – deren wichtigste, die NPD, immerhin in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sitzt –, ist ansonsten die Rechte scheinbar unsichtbar.

Wie aber erklärt sich dieses erstaunliche Phänomen? Schließlich hat sich in Deutschland seit 160 Jahren an der politischen Gesäßarithmetik nichts geändert: Seit dem Frankfurter Paulskirchenparlament von 1848 gruppieren sich auch die deutschen Parteien nach dem Vorbild der französischen Nationalversammlung: auf der linken Seite die auf Gleichheit und Gerechtigkeit ausgerichteten Sozialisten und Sozialdemokraten, auf der rechten die auf Abwehr dieser Forderung gerichteten Kräfte. Und tatsächlich gibt es im Bundestag mit der FDP eindeutig eine rechte Partei der Besitzstandswahrung – zugunsten der »Besserverdienenden« in Abgrenzung von den sozial Schwachen.

Dennoch erfolgt die Benennung nicht mehr nach dem klassischen Links-Rechts-Muster. Der Grund dafür liegt in einer bemerkenswerten Camouflage der bürgerlichen Rechten. Schon seit Beginn der Bundesrepublik ist weniger von dem Gegensatz zwischen links und rechts die Rede als von dem zwischen linken und bürgerlichen Parteien. Diese Tendenz wurde nach 1989 durch das Dogma vom Ende des ideologischen Zeitalters zusätzlich verstärkt. Mit dem vermeintlichen »Ende der Geschichte« (*Francis Fukuyama*) als dem endgültigen Sieg von westlicher Demokra-



**Albrecht von Lucke**

(\* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Soeben ist von ihm im Wagenbach-Verlag erschienen: *68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de

tie und freier Marktwirtschaft sollte sich auch das alte Schisma, die Dichotomie von links und rechts, überlebt haben.

Heute zeigt sich jedoch, dass von dem voreilig ausgerufenen »Wohlstand für alle« in »blühenden Landschaften« weder national noch global die Rede sein kann, im Gegenteil: Die Spaltung zwischen arm und reich nimmt dramatisch zu – und damit auch die Verteidigung der Besitzstände.

### **Kampfbegriff »Bürgerliche Mitte«**

Konsequenterweise haben wir es gegenwärtig mit eindeutigen Re-Ideologisierungen zu tun, feiern die alten Kampfpapareolen fröhliche Urständ – insbesondere auf Seiten der angeblich so moderaten »bürgerlichen Mitte«. So wird mit Blick auf die kommende Bundestagswahl bereits emsig Front gemacht; FDP und Union mobilisieren mit der Parole »Freiheit oder Sozialismus« gegen den gefährlichen »Linksblock« unter Führung der »Kommunisten« und ihrer sozialdemokratischen »Steigbügelhalter«.

Von einem Willen zu Ausgleich und Moderation gesellschaftlicher Gegensätze

kann hier nicht die Rede sein. Was also verbirgt sich hinter dieser angeblichen Mitte?

Zunächst der Versuch, das wachsende Unbehagen an den gesellschaftlichen Spaltungen mit Hilfe einer schlichten Homogenitätsfiktion aus der Welt zu schaffen: Die behauptete Mitte versöhnt die Gegensätze – während an den Rändern, insbesondere am linken, weiterhin die gefährlichen Extreme dräuen.

Bei diesem Spiel mit der Angst vor dem Extremismus, vulgo: Kommunismus oder Sozialismus, zeigt sich der ideologische Charakter der Begriffe »Mitte« und »Bürgerlichkeit«. Wer die Mitte besetzt, gewinnt die Wahl. Diese Devise hat sich in der Bundesrepublik fast immer bewährt. Angesichts einer erstarkten *Linkspartei* und einer Bundestagswahl, die 2009 parallel zum anschwellenden Erinnern an das Ende des realexistierenden Sozialismus 1989 stattfindet, gibt es deshalb heute eine eindeutige Tendenz zur Wiederbelebung der alten Kampfparolen aus der Zeit des Kalten Krieges – und zur Vereinnahmung der Mitte durch die Union. Wenn die Kanzlerin schlicht behauptet »Wo ich bin, ist die Mitte«, verbirgt sich dahinter nichts anderes als der Alleinvertretungsanspruch auf das Regierungsgeschäft – und die Absicht, die SPD wieder an den Katzentisch der Republik zu verweisen.

Ähnlich verhält es sich mit dem fast synonym verwandten Begriff der Bürgerlichkeit. Wenn es sich bei den Sozialdemokraten heute schon nicht mehr um »vaterlandslose Gesellen« handelt, dann doch zumindest um »unbürgerliche«, denen man die staatsbürgerliche Verantwortung für das Land nicht überlassen kann. Der SPD-Vorsitzende tat deshalb gut daran, den Kampf um die Begriffe aufzunehmen, als er in seiner Aschermittwochrede die bewusste Ausgrenzung der SPD anprangerte: »Was bin ich denn dann für einer? Ein Ausgebürgerter? Ein Unbürger?«

### **Weiche Begriffe, knallharte Interessen**

Gleichzeitig bringen die weichen Begriffe »Mitte« und »Neue Bürgerlichkeit« zum Verschwinden, welche knallharten Absichten und Interessen sich dahinter verbergen. Ordnungspolitik, Entbürokratisierung, Rückbau des Staates – hinter diesen Vokabeln versteckt sich nichts anderes als die Merkelsche »Reform«-Agenda des Leipziger Parteitag von 2003. Von dieser Politik der Zumutung hat die Kanzlerin nach eigener Aussage bis heute keinen Abstand genommen, sondern sie harrt allein der Ermöglichung ihrer Umsetzung (vgl. Dirk Kurbjuweit, Die Zuckerbäckerin, in: *Der Spiegel* vom 21.4.2008).

Wie aber gehen die angeblich bürgerlichen Parteien damit um, dass all jene Ambitionen bereits bei der Bundestagswahl 2005 keine Mehrheit erlangt haben? Wenn die Bevölkerung heute eindeutig weiter links steht als CDU/CSU und FDP, dann hilft nur die Camouflage und das Versteckspiel – hinter (neuer) Mitte und (neuer) Bürgerlichkeit.

Tatsächlich aber verbirgt sich hinter der angeblichen Bürgerlichkeit insbesondere der FDP und ihrer Förderer vor allem eines: Sozialstaatsfeindschaft und der Kampf gegen das konsensuale Modell der alten Bundesrepublik. Exemplarisch brachte dies der Vorstandsvorsitzende des Springer-Konzerns Mathias Döpfner in der Debatte um eine Verbesserung der Steuergerechtigkeit zum Ausdruck: »Statt nach höheren Steuern sollte man jetzt nach ihrer Vereinfachung rufen. Eine zweite falsche Konsequenz wäre es, zu sagen, wir müssen den Kapitalismus an die Leine nehmen und für eine diffuse soziale Wärme sorgen. Die Figuren und Unternehmen, die hier moralisch gescheitert sind, repräsentieren das alte deutsche Modell des sozialen Konsenses, das in Wahrheit asozial ist: Die *Deutsche Post*, *Siemens*, *VW*, das sind die großen Vertreter des Kapitalismus mit sozialem Antlitz. [...]

Sie schaden am Ende den Arbeitnehmern und Geringverdienern im Land« (vgl. das *Zeit*-Interview vom 28.2.2008).

Worum es den angeblich bürgerlichen Kräften also letztlich geht, ist der Abschied vom Modell Bundesrepublik, von der Marktwirtschaft des sozialen Ausgleichs und der Tarifpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und -nehmern – zugunsten des angelsächsischen Kapitalismus. Wenn seit der Bundestagswahl 2002 von einer selbsternannten Bürger-APO und ihren teilweise längst wieder vergessenen Organisationen (von »D 21« über »Deutschland packt's« an bis zum *BürgerKonvent* Meinhard Miegels) die »Bürger auf die Barrikaden« getrommelt werden, dann zum Zwecke des neoliberalen »Durchregierens« (*Angela Merkel*) – gegen eine Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung.

Einer derartigen offenen Kampfansage an den Sozialstaat bundesrepublikanischer Provenienz könnte man auch offensiv begegnen. Unredlich wird es nur, wenn sie sich hinter einer Rhetorik angeblich moderater Bürgerlichkeit versteckt. Für eine selbstbewusste Sozialdemokratie, die sich nicht kampflös aus der Mitte des Landes verdrängen lässt, kommt es deshalb darauf an, aufzuzeigen, dass wir es hier und heute mit höchst unterschiedlichen Ausprägungen des Bürgerlichen zu tun haben. Es gilt, offensiv um die Besetzung des Bürgerbegriffs zu kämpfen – ganz im Sinne Willy Brandts, der seine sozial-liberale Koalition mit den Worten begründete: »Wir wollen nicht den *bourgeois*, sondern den Bürger.«

Was und wer also ist heute bürgerlich? Jene global operierende »postdemokratische« Manager- und *Shareholder*-Elite (*Colin Crouch*), die sich immer mehr aus der Verantwortung für das nationale Gemeinwesen stiehlt? Oder der Arbeitslose und *Hartz IV*-Empfänger, der dennoch am 1. Mai für die Bewahrung der Arbeitnehmerrechte demonstriert?

Hier zeigt sich: Es gibt eine rechte und eine linke Bürgerlichkeit. Eine rechte Bürgerlichkeit – die sich primär dem Besitz-

bürger, dem *bourgeois*, und dessen Eigentum verpflichtet weiß. Und eine linke Bürgerlichkeit, die im Sinne des Gemeinwohls weder auf das öffentliche Engagement des *citoyen* noch auf den Sozialstaat als zentrale Errungenschaft der europäischen Aufklärung verzichten will.

### Der neue Neo-Liberalismus und Neo-Konservatismus

»Beenden wir die Vormundschaft des Staates«, lautete die zentrale Forderung des angeblichen *BürgerKonvents*. Gesetzlose Freiheit und den Abbau des Staates können sich aber nur die Starken leisten, die seines Schutzes nicht bedürfen. Denn wie lernt man bereits bei Rousseau: »Zwischen den Schwachen und den Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.«

Der heutige Neo-Liberalismus einer 2009 wieder möglichen schwarz-gelben Regierung ist deshalb um Lichtjahre entfernt von dem sozial-liberalen Projekt der Scheel-Genscher-FDP von 1969. Und auch bei Schwarz-Grün, dem jüngsten Hamburger Referenzprojekt einer neuen Bürgerlichkeit als der Versöhnung zwischen konservativer Eltern- und aufmüpfiger Kinder-Generation wird abzuwarten sein, ob es sich bei dieser »Koalition der Opernbesucher« (*Daniel Cohn-Bendit*) nicht um ein heimliches neokonservatives Rollback handelt. Die Gefahr, dass Schwarz-Grün dem Staatsabbau und der Ausgrenzung der sozial Schwachen weiteren Vorschub leistet, ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen.

Gegen die Vernebelung durch eine angeblich alles gleichermaßen umgreifende wie die Ränder ausgrenzende »Mitte« kommt es deshalb heute darauf an, die Begriffe links und rechts zu rehabilitieren – als klare politische Positionsbegriffe, die nach wie vor unentbehrlich sind, um kategoriale Unterschiede zu bezeichnen und dem Wähler eine echte Wahl erst zu ermöglichen.